

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben

Sitzung: Mittwoch, 05.06.2024

Ort: BraWoPark Business Center III - Konferenzräume 2-4, Willy-Brandt-Platz 13,
38102 Braunschweig

Beginn: 17:05 Uhr

Ende: 19:09 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Sabine Kluth - B90/GRÜNE

Mitglieder

Frau Susanne Hahn - SPD

Herr Matthias Disterheft - SPD

Herr Detlef Kühn - SPD

Frau Sonja Lerche - SPD

Herr Thorsten Köster - CDU

Frau Heidemarie Mundlos - CDU

bis 19:05 Uhr

Herr Maximilian Pohler - CDU

bis 18:29 Uhr

Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE

Herr Dr. Burkhard Plinke - B90/GRÜNE

Herr Udo Sommerfeld - Die FRAKTION. BS

Vertretung für: Herrn Kai Tegethoff

weitere Mitglieder

Frau Sabine Bartsch - BIBS

Vertretung für: Frau Silke Arning

Herr Stefan Wirtz - AfD

sachkundige Bürger

Herr Jan Höltje - CDU

Frau Susanne Schroth - B90/GRÜNE

bis 18:29 Uhr

Herr Oskar Schwarz - CDU

Herr Torsten Busch - Behindertenbeirat Braunschweig

Vertretung für: Herrn Aytekin Demirbas

Verwaltung

Herr Heinz-Georg Leuer - Dezernent III

Frau Bianca Winter - RefL 0600

Herr Burkhard Wiegel - FBL 66

Protokollführung

Herr Holger Ender - Ref. 0600

Abwesend

Mitglieder

Herr Kai Tegethoff - Die FRAKTION. BS entschuldigt

weitere Mitglieder

Frau Silke Arning - BIBS entschuldigt

Herr Mathias Möller - FDP entschuldigt

sachkundige Bürger

Herr Dr. Frank Schröter - B90/GRÜNE entschuldigt

Herr Shivam-Ortwin Tokhi - SPD entschuldigt

Herr Dr. Helge Wendenburg - SPD entschuldigt

Herr Aytekin Demirbas - Behindertenbeirat Braunschweig entschuldigt

Herr Uwe Mickler - Polizeiinspektion Braunschweig entschuldigt

Frau Gunhild Salbert - Seniorenrat Braunschweig entschuldigt

Verwaltung

Herr Holger Herlitschke - Dezernent VIII entschuldigt

Herr Dirk Franke - FBL 65 entschuldigt

Herr Stephan Kühl - FBL 60 entschuldigt

Frau Katja Langer - RefL 0650 entschuldigt

Herr Timo Weichsler - RefL 0660 entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Mitteilungen
- 2.1 Dringlichkeitsantrag - Linienbusführung 433 24-23589-01
- 3 Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern der Stadt Braunschweig sowie Aufhebung der Straßenausbaubetragssatzung 24-23754
- 3.1 Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern der Stadt Braunschweig sowie Aufhebung der Straßenausbaubetragssatzung Änderungsantrag zur Vorlage 24-23754 24-23754-01
- 4 Planung Haltepunkt West 24-23419
- 5 Einrichtung einer Tempo 30-Zone in den Straßen Ackerweg, Neumarktstraße und Strehlitzweg 24-23621

6	Radwegesanierung und Optimierung im Bereich Hagenring/ Humboldtstraße	24-23836
7	Anfragen	
7.1	Parkgebühren im Vergleich zur ÖPNV-Ticketpreissteigerung	24-23832
7.1.1	Parkgebühren im Vergleich zur ÖPNV-Ticketpreissteigerung	24-23832-01
7.2	Mündliche Anfragen	

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

Sie informiert, dass Ratsherr Tegethoff durch Ratsherr Sommerfeld und Ratsfrau Arning durch Ratsfrau Bartsch vertreten wird. Ratsherr Möller, die Bürgermitglieder Tokhi und Dr. Schröter sowie Herr Mickler fehlen entschuldigt.

Sie weist darauf hin, dass die Sitzung dieses Ausschusses zur Vorlage 24-23754 (TOP 3) als gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung stattfindet und regt an, diesen TOP an den Beginn der Sitzung vorzuziehen und hiernach mit TOP 2 fortzufahren.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt die Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

3.	Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern der Stadt Braunschweig sowie Aufhebung der Straßenausbau-beitragssatzung	24-23754
3.1.	Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern der Stadt Braunschweig sowie Aufhebung der Straßenausbau-beitragssatzung	24-23754-01

Änderungsantrag zur Vorlage 24-23754

Der Vorsitzende des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung (FPDA), Ratsherr Flake, führt gem. § 54 Abs. Geschäftsordnung den Vorsitz in der gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse für Finanzen, Personal und Digitalisierung sowie Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben zu diesem TOP, da die Finanzverwaltung sachlich vorrangig für die Behandlung des Beratungsgegenstandes der Vorlage 24-23754 zuständig ist.

Stadtrat Geiger und Stadtbaurat Leuer führen in die Vorlage 24-23754 ein.

Ratsherr Wirtz bringt den Änderungsantrag 24-23754-01 ein und begründet diesen.

Ratsfrau Jalyschko begrüßt die Vorlage 24-23754. Der von Stadtrat Geiger und Stadtbaurat

Leuer dargestellte Abwägungsprozess ist aus ihrer Sicht nachvollziehbar dargestellt. Im Ergebnis erachtet sie die Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung als die richtige Entscheidung. Die sich aus der Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes insbesondere für Mietrinnen und Mieter ergebenden (geringfügigen) finanziellen Mehrbelastungen erachtet sie vor dem Hintergrund von Kostensteigerungen in allen Bereichen des täglichen Lebens für vertretbar.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Jalyschko zu einer Kompensationsnotwendigkeit in künftigen Haushalten für die sich aus der Aufhebung der Straßenausbaubeitragssatzung ergebenden Einnahmeausfälle erläutert Stadtbaurat Leuer, dass bei der Aufstellung des Doppelhaushalts 2025/2026 die veränderte Grundsteuer und der Wegfall der Einnahmen aus Straßenausbaubeiträgen berücksichtigt werden. Er geht davon aus, dass keine Gegenfinanzierung erforderlich wird. Stadtrat Geiger verweist auf die bei der Vorstellung der Eckdaten des Doppelhaushaltsentwurfs 2025/26 dargestellten extrem schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Welche Handlungsspielräume oder -notwendigkeiten sich für künftige Haushalte ergeben, bleibe abzuwarten.

Ratsherr Köster erinnert, dass sich die CDU-Fraktion seit vielen Jahren für die Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung einsetzt und verweist auf den zur Ratssitzung am 14. Mai 2024 eingebrachten Antrag 24-23632. Hinsichtlich der Kompensation des Einnahmeausfalls erachtet er eine Überkompensation in diesem Falle als angemessen. Er weist auf die Position der CDU-Fraktion bereits im KGSt-Prozess zur Haushaltsoptimierung hin, dass eine geringere Haushaltskonsolidierung nur dann funktioniere, wenn ein ausgewogener Mix aus Einnahmeerhöhung und Ausgabenkürzung besteht. Ratsherr Köster stellt daher zu den Ausgabekürzungen drei konkrete Forderungen, die im Laufe der Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt 2025/2026 umgesetzt werden sollen: 1. Die Zuschussdynamisierung für 25/26 muss ausgesetzt werden, 2. Maximale Zurückhaltung der Politik bei der Einbringung haushaltssausweitender Anträge, 3. Von der Verwaltung sind bis zur finalen Haushaltslesung Einsparvorschläge im Volumen der Überkompensation (bspw. über eine erneute globale Minderausgabe) zu unterbreiten.

Ratsherr Sommerfeld weist mit Nachdruck auf den angespannten Wohnungsmarkt in Braunschweig hin. Die Mietkosten und Mietnebenkosten seien bereits viel zu hoch und würden mit Beschluss der Vorlage 24-23754 weiter verteuert. Er prognostiziert, dass der neu aufzustellende Mietspiegel Mietsteigerungen darstellen werde.

Stadtrat Geiger erläutert, dass die Gewerbesteuer u.a. für die Ansiedlung, Standort- und Investitionsentscheidungen von Unternehmen von hoher Bedeutung ist. Auch ohne Veränderungen des Hebesatzes wachse die Höhe der Gewerbesteuer trotz alljährlicher Schwankungen durch eine „eingebaute“ Dynamik an.

Nach Auffassung von Ratsherr Flake führen Straßenausbaubeiträge zu besonderen Härten. Insofern sei eine Lösung notwendig gewesen. Zur Vorlage 24-23754 erklärt er für die SPD-Fraktion die Zustimmung.

Für Ratsherr Kühn ist die Erhöhung der Grundsteuer in der von der Verwaltung vorgeschlagenen Höhe auch aus Haushaltsgründen nachvollziehbar.

Der FPDA-Vorsitzende Ratsherr Flake stellt zunächst den Änderungsantrag 24-23754-01 zur Abstimmung. Er stellt fest, dass dieser abgelehnt wird und lässt sodann über die Vorlage 24-23754 abstimmen.

Beschluss zu Änderungsantrag 24-23754-01:

In der Anlage 1, „Hebesatzung“, werden folgende Änderungen vorgenommen:

1. Die Schreibweise im letzten Satz des einleitenden Absatzes wird von „Braunschweig“ in „Braunschweig“ korrigiert.
2. Der Hebesatz für die Grundsteuer B wird anstatt der „600 v.H.“ mit „535 v.H.“ bemessen.

Abstimmungsergebnis zu Änderungsantrag 24-23754-01:

dafür: 0 dagegen: 11 Enthaltungen: 0

Beschluss zu Vorlage 24-23754:

1. Die als Anlage 1 beigelegte Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern der Stadt Braunschweig (Hebesatzsatzung) wird beschlossen.
2. Die als Anlage 2 beigelegte Satzung zur Aufhebung der Satzung der Stadt Braunschweig über die Erhebung von Beiträgen nach § 6 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes für straßenbauliche Maßnahmen - Straßenausbaubeitragssatzung - vom 11. Mai 2010 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis zu Vorlage 24-23754:

dafür: 10 dagegen: 1 Enthaltungen: 0

2. Mitteilungen

2.1. Dringlichkeitsantrag - Linienbusführung 433

24-23589-01

Protokollnotiz: Ratsherr Pohler verlässt um 18:29 Uhr die Sitzung.

Stadtbaudirektor Leuer erläutert die Mitteilung 24-23589-01.

Auf Nachfrage von Ratsherr Disterheft zu den Kosten der Änderung einer Linienführung erklärt Stadtbaudirektor Leuer, dass die Veränderung einer Linienführung aus seiner Sicht zunächst nicht kostenintensiv (z. B. Änderung des Haltestellenschildes) sei. Im Weiteren würden dann jedoch Kosten für einen notwendigen Haltestellenumbau entstehen.

Ergebnis:

Die Mitteilung 24-23589-01 wird zur Kenntnis genommen.

4. Planung Haltepunkt West

24-23419

Stadtbaudirektor Leuer führt in die Vorlage 24-23419 ein.

Herr Wiegel informiert auf Nachfrage von Ratsherr Wirtz zu den am Haltepunkt West vorgeesehenen Radabstellanlagen, dass diese aufgrund der unterschiedlichen Nutzenden und Nutzendenzahlen nicht mit der Quote am Hauptbahnhof verglichen werden kann. Aktuell sind am Hauptbahnhof ca. 1.050 Fahrradständer im Bestand bei rund 36.000 Nutzenden (ca. 3 %). Es ist vorgesehen, im Rahmen der Planung im Umfeld des Hauptbahnhofs die Anzahl der Fahrradstellplätze auf rund 4.300 zu erhöhen (ca. 12 %). Die von Ratsherr Wirtz als zu gering angenommene Anzahl an Kfz-Parkplätzen am Haltepunkt West begründet Herr Wiegel u.a. mit der guten Anbindung des Haltepunktes an den ÖPNV. Für eine P+R-Nutzung werden bereits heute die Parkplätze entlang der Friedrich-Seele-Straße genutzt. Sofern sich der Bedarf erhöht, könnte hierauf reagiert werden.

Ratsfrau Kluth bittet für die Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN, die nachfolgende Erklärung zu Protokoll zu nehmen.

„Wir begrüßen ausdrücklich die Einrichtung des Haltepunktes West als einen Baustein zur Schaffung von attraktiven Mobilitätsangeboten im Rahmen der Mobilitätswende. Die zeitgleiche Fertigstellung der DB/RVB- und städtische Maßnahmen sind für uns zwingend. In den vorgelegten konzeptionellen Vorüberlegungen der Stadt zur grundsätzlichen Umsetzbarkeit sehen wir Optimierungsmöglichkeiten. Wir bitten diese in die weiteren Planungsschritte zu prüfen und darüber dem AMTA zu berichten. Im Einzelnen:

- Shared Space
Bei bereits bestehenden Mobilitätsknoten, z.B. Lincolnsiedlung, ergeben sich bei diesen gemischten Flächen Konflikte zwischen zu Fuß gehenden und Ranfahrenden. Wir empfehlen hier die Trennung der Verkehrsflächen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit.
- Fahrradparken
Die Zuwegung vom Parken ist so geplant, dass viele Kurven gefahren werden müssen. Wir empfehlen eine von der Nordseite kommend direkte Einfahrt auf die Rampe über die Friedrich-Seele-Straße ohne weitere Verschwenkung. Dafür ist eine Aufweitung der Rampe einfahrt erforderlich. Dies erhöht die Sicherheit für Radfahrende. Der Betrieb 24/7, automatisches Parkhaus bitten wir zu prüfen. Modular erweiterbare Parkflächen zu prüfen.
- Soziale Sicherheit
Im Parkdeck ist die Übersichtlichkeit nicht gegeben. Es gibt bauliche Einbauten und Anordnungen, die nichteinsehbare Bereiche (z.B. WC-Zugang, Spinde, etc.) erzeugen. Die Treppe ist auf das Mindestmaß reduziert, ohne Treppenauge mit Lichteinfall. Dadurch entstehen beklemmende Raumsituationen. Wir empfehlen die Anordnung von den Einbauten und Möblierungen entlang der nördlichen und Westlichen Außenwände, die Verglasung nicht nur der Fassade die den Gleisen zugewandt ist sowie einen direkten Ausgang auf das Gleisniveau mit einer Türanlage im Gangbereich der Abstellanlagen.
- Materialität und bauliche Fassung
Um den Haltepunkt langfristig wertig im Erscheinungsbild zu erhalten empfehlen wir den Einsatz von hochwertigen Materialien und einer ansprechenden baulichen Umfeldgestaltung. Verschattungen auf dem Platz, z.B. durch Pergolen und Bäume soll berücksichtigt werden.
- Kompaktheit, Versiegelung und PV
Das Kfz-Parken sollte zu Gunsten der Reduzierung der Versiegelung gestapelt erfolgen. Im Rahmen der Planung soll PV als Fassaden- oder Dachanlage einbezogen werden (NBauO). Eigenverbräuche des Umsteigepunktes können dadurch ggf. gedeckt werden. Wir empfehlen dies gleich beim Provisorium herzustellen, um Doppelinvestitionen zu vermeiden. Zudem ist unklar, wann die Flächen anderweitig verkauft / entwickelt werden.“

Stadtbaudirektor Leuer sagt eine Berücksichtigung der vorstehenden Anmerkungen in den weiteren Planungsschritten zu, verdeutlicht jedoch auch, dass es sich bei der Vorlage 24-23419 noch um keinen Planungsbeschluss handelt.

Ratsherr Dr. Plinke bittet im Planungsprozess um eine frühzeitige Stellungnahme der Braunschweiger Verkehrs-GmbH zum künftigen Stadtbusverkehr im Bereich des Haltepunktes West. Für die als potenzielle Baufläche für hochbauliche Entwicklung ausgewiesene Fläche regt er an, zunächst keine Bebauung verbindlich vorzusehen, sondern diese für eine künftige bauliche Erweiterung für verschiedene Mobilitätsformen freizuhalten.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt die Vorlage 24-23419 zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Der Konzeptidee zur verkehrlichen Erschließung des künftigen Haltepunktes West zwischen der Friedrich-Seele-Straße, Donaustraße und Marienberger Straße wird zugestimmt (Grundsatzbeschluss).
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Konzeptidee des Haltepunktes weiterzuführen und zu konkretisieren.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

- 5. Einrichtung einer Tempo 30-Zone in den Straßen Ackerweg, Neumarktstraße und Strehlitzweg** 24-23621

Beschluss:

„Der Einrichtung einer Tempo 30-Zone im Ackerweg, in der Neumarktstraße und im Strehlitzweg wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

- 6. Radwegesanierung und Optimierung im Bereich Hagenring/ Humboldtstraße** 24-23836

Auf Nachfrage von Ratsfrau Kluth zur Benutzungspflicht des südlichen Radwegs entlang der Humboldtstraße sagt Stadtbaurat Leuer eine Klärung im Nachgang der Sitzung zu. Hinweise auf eine fußgänger- und radfahrerfreundlichere Gestaltung der Querung über den Hagenring wird die Verwaltung im Rahmen der Ausführungsplanung prüfen.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt die Vorlage 24-23836 zur Abstimmung.

Beschluss:

„Der Planung und dem Umbau des Radweges im Bereich Hagenring/Humboldtstraße entsprechend der Anlage 1 wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

7. Anfragen

- 7.1. Parkgebühren im Vergleich zur ÖPNV-Ticketpreissteigerung** 24-23832
7.1.1. Parkgebühren im Vergleich zur ÖPNV-Ticketpreissteigerung 24-23832-01

Protokollnotiz: Ratsfrau Mundlos verlässt um 19:05 Uhr die Sitzung.

Ratsfrau Jalyschko bittet die Verwaltung die Antwort zu Frage 1 in absoluten Zahlen (Euro und Cent) darzustellen und bezogen auf die Antworten zu Frage 2 und 3 zu informieren, ob die anderen von der Verwaltung erhoben Gebühren und Beiträgen regelmäßig moderat angepasst oder seltener aber dafür deutlicher erhöht werden.

Stadtbaurat Leuer sagt eine Beantwortung als Protokollnotiz zu.

Protokollnotiz:

Zu 1:

Die Preisentwicklung von 2015 bis 2024 ist je nach Tarifprodukt unterschiedlich ausgefallen. Teilweise gibt es auch neue Tarifprodukte, wie beispielsweise das Deutschlandticket, die kostengünstigere Alternativen zu Tarifprodukten aus 2015 (und deren Nachfolgern) sind.

Hier wird die Preisentwicklung einiger wesentlicher Tarifprodukte betrachtet:

Die Kosten eines Einzelfahrscheins für Erwachsene im Stadttarif der BSVG (bzw. VRB-Stadttarif Braunschweig, Goslar, Wolfsburg) sind seit 2015 um 0,90 € (+39,13 %) gestiegen. Für Einzelpersonen ist die Tageskarte um 1,40 € (+28,00 %) teurer geworden, über alle Tageskarten hinweg haben die Kosten je nach Personenanzahl durchschnittlich um 3,20 € (+34,43 %) zugenommen. Das reguläre Monatsticket ist um 11,00 € (+16,13 %) teurer geworden. Bei den monatlichen Abonnements ist der Preis im Stadttarif um 7,90 € (+13,81 %) angestiegen. Durch das Deutschlandticket steht jedoch ein neues Tarifprodukt als günstigeres Monats-Abo zur Verfügung. Bei einem Wechsel zum D-Ticket haben sich die Kosten im Vergleich zum Abo-Preis aus 2015 um 8,20 € (-14,34 %) reduziert. Das Angebot für junge

Menschen hat sich vergünstigt. So ist die Schüler-Monatskarte im Stadt tarif um 32,40 € (-68,35 %) durch das zwischenzeitlich eingeführte 15-€-Schülerticket günstiger geworden. Auch die U21-Karte ist um 1,50 € (-6,38 %, Monatskarte) bzw. 1,70 € (-8,54 %, Abokarte) günstiger geworden.

Zu 2 und 3:

Finanzwirtschaftlich sinnvoll wäre eine regelmäßige moderate Anpassung der verschiedenen Gebühren- und Entgelttarife. Bei der Antwort auf die Fragestellung, wann und in welcher Höhe Gebührenanpassungen vorgenommen werden, sind allerdings auch die für die jeweilige Gebühr anzuwendenden rechtlichen Vorgaben zu berücksichtigen.

Bei den Gebühren, bei denen z. B. gesetzlich eine Vollkostendeckung vorgesehen ist und für die ein Anschluss- und Benutzungzwang besteht, z. B. in den Bereichen Abfallbeseitigung, Straßenreinigung und Stadtentwässerung erfolgt eine jährliche Anpassung, um eine möglichst gleichmäßige Gebührenentwicklung zu erreichen und auf aktuelle Veränderungen reagieren zu können.

Andere Gebühren für die kein Anschluss- und Benutzungzwang besteht, die aber gebührenrechtlich ebenfalls kostendeckend angeboten werden sollen, werden von den zuständigen Bereichen in regelmäßigen Abständen hinsichtlich ihrer Kostendeckung überprüft und ggf. neu festgesetzt (z. B. Satzung über die Erhebung von Kosten für Amtshandlungen und Verwaltungstätigkeiten der Stadt Braunschweig im eigenen Wirkungskreis – Verwaltungskostensatzung).

Eine Reihe von weiteren Gebühren und Entgelten, z. B. für die Nutzung von sozialen und kulturellen Einrichtungen und deren Angeboten (z.B. Stadtbibliothek, Museum, Kindertagesstätten), sind ebenfalls grundsätzlich vollkostendeckend zu kalkulieren. Die Angemessenheit dieser Gebühren und Entgelte wird von den jeweils zuständigen Bereichen in unterschiedlichen, auch größeren Abständen überprüft, um sie dann ggf. anzupassen.

Grundsätzlich gilt, dass bei Veränderungen von Gebühren und Entgelten auf die tatsächliche Entwicklung der Kosten und Leistungen abzustellen ist.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 24-23832-01 wird zur Kenntnis genommen.

7.2. Mündliche Anfragen

7.2.1

Ratsfrau Kluth verweist auf die Presseberichterstattung zum Bürgerbegehren Bahnübergang Grünewaldstraße und das zwischenzeitliche Vorliegen der städtischen Kostenaufstellung für die Realisierung der verschiedenen Varianten. Sie fragt, wann den Gremien diese Kostenaufstellung zur Kenntnis gegeben wird.

Stadtbaurat Leuer sagt eine Beantwortung im Protokoll zu.

Protokollnotiz:

Bahnübergang Grünewaldstraße - Kostenschätzung der Stadt Braunschweig*

	Variante 0+ (Bahnübergang mit zusätzlichen Zwischensignalen)	Variante 1 (Geh- und Radwegunterführung)
Anschaffungs- und Herstellungs-kosten der Maßnahme	ca. 1,38 Mio. € <i>Erwartete Lebensdauer: ca. 25 Jahre</i>	ca. 5,75 Mio. € <i>Erwartete Lebensdauer: ca. 100 Jahre</i>
davon trägt die Stadt Braunschweig	ca. 288.000 €	ca. 253.000 € <i>Ca. 138.000 € für eine zusätzliche Bahnsteigzuwegung (Förderung bis zu 75% möglich) und ca. 115.000 € für eine optionale Umsetzung der von der Stadt genannten Wünsche.</i>
Folgekosten für die Stadt Braunschweig	ca. 288.000 € <i>Ablösezahlung an DB für die Unterhaltung zusätzlicher Signale</i>	<i>Folgekosten werden absehbar entstehen, können aktuell aber nicht beziffert werden.</i>

* Auf Grundlage der Rückmeldung der DB InfraGO AG wurde auf die in der Beschlussvorlage (DS 23-21448) benannten Kosten ein Nominalisierungsfaktor von pauschal 15 % aufgeschlagen.

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth schließt die Sitzung um 19:09 Uhr.

gez. Kluth
Kluth
- Vorsitz -

gez. Leuer
Leuer
- Stadtbaurat -

gez. Ender
Ender
- Schriftführung -